

Hintergrundinformation

**29. MÄRZ 2019**

**SPÖ**

**PAKET ZUR STÄRKUNG VON  
WIRTSCHAFT & BESCHÄFTIGUNG**

# PAKET ZUR STÄRKUNG VON

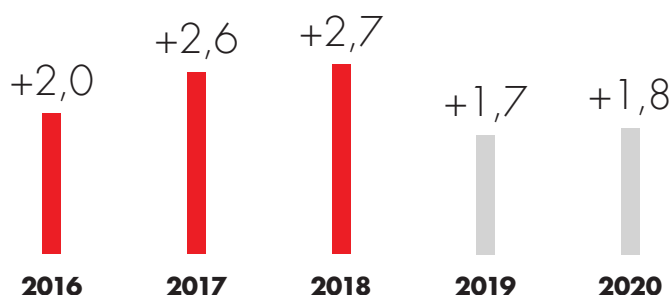
# WIRTSCHAFT & BESCHÄFTIGUNG

Seit Dezember 2017 spiegelt sich in den Prognosen wider, dass der Wirtschaftsaufschwung abflauen wird. In der neuesten WIFO-Konjunkturprognose vom 29. März 2019 wurde das prognostizierte Wirtschaftswachstum Österreichs für das Jahr 2019 auf 1,7 Prozent nach unten korrigiert. Im März 2018 war man noch von einem Wirtschaftswachstum von +2,2 Prozent für 2019 ausgegangen. Damit wird auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit vorerst ein Ende finden und die Arbeitslosenquote wird sich bei knapp über 7 Prozent einpendeln. Das bedeutet, dass rund 400.000 Personen arbeitslos sein werden. Das entspricht der doppelten EinwohnerInnenzahl von Linz. Nationale wie internationale Expertinnen und Experten empfehlen, heute schon Vorbereitungen zu treffen, um dem abflauenden Wirtschaftswachstum entgegenzuwirken. Die Bundesregierung hat bis heute keine vorbereitenden Maßnahmen angekündigt und droht, diese Entwicklung zu verschlafen. Wirtschaftspolitik hat in erster Linie den Zweck, Menschen in Beschäftigung zu bringen, um ihnen ein gutes Leben in Würde zu ermöglichen.

## WIE ENTWICKELT SICH DIE KONJUNKTUR?

Das WIFO analysiert, dass der private Konsum immer mehr zur Stütze der Konjunktur in Österreich wird, was unter anderem an den leicht überdurchschnittlichen Lohnabschlüssen für 2019 liegt. Die Industriekonjunktur befindet sich in Österreich derzeit im Abschwung, nicht zuletzt, weil die Welthandelsflaute belastend wirkt. In der neuesten WIFO-Konjunkturprognose vom 29. März 2019 wurde das prognostizierte Wirtschaftswachstum Österreichs für das Jahr 2019 auf +1,7 Prozent nach unten korrigiert. Im März 2018 war man noch von einem Wirtschaftswachstum von +2,2 Prozent für 2019 ausgegangen. Das WIFO prognostiziert, dass die Arbeitslosigkeit ab diesem Jahr nicht mehr zurückgeht, sondern mit 7,3 Prozent oder rund 400.000 Arbeitslosen sehr hoch bleibt. Diese hohe Zahl an Arbeitslosen können wir nicht hinnehmen. Hier muss man dringend gegensteuern.

Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit wäre die gefährlichste Folge des Wirtschaftsabschwungs. Arbeitslosigkeit kann bei den Betroffenen lang anhaltende Einkommensverluste bewirken. Außerdem führt Arbeitslosigkeit oft zum Verlust von Qualifikationen und es besteht die Gefahr, dass sie sich zu Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt. Arbeitslosigkeit raubt den Unternehmen Arbeitskräftepotenzial und bringt erhebliche Kosten für den Staatshaushalt vor allem durch entgangene Abgabeneinnahmen mit sich.



Quelle  
WIFO-Konjunkturprognose  
(März 2019)

## WAS SAGEN NATIONALE UND INTERNATIONALE EXPERTINNEN UND EXPERTEN?

Die Bundesregierung sollte sich schon jetzt auf das abflauende Wirtschaftswachstum vorbereiten. Diesen Appell richten auch nationale und internationale Expertinnen und Experten an die europäischen Regierungen. Ein solcher Appell ist auch bereits durch die OECD erfolgt. Die Chefökonomin der OECD, Laurence Boone, definierte drei wesentliche Herausforderung für die nächsten Jahre:

1. Die Menschen qualifizieren, damit sie den Herausforderungen der Wirtschaft gewachsen sind
2. Wir müssen die Vorteile aus der Digitalisierung nutzen und müssen die Menschen vorbereiten
3. Wir müssen bereits jetzt Stimuli und Investitionen vorbereiten, damit wir in den Jahren der Verlangsamung des Wachstums ab 2020 wirksam entgegensteuern können

Markus Marterbauer, AK-Chefökonom, schlägt bei seinen Empfehlungen in dieselbe Kerbe: Er meinte erst diese Woche, in Österreich sollte bis zum Sommer ein zielgerichtetes Paket an Konjunkturmaßnahmen ausgearbeitet werden, das im Bedarfsfall rasch umgesetzt werden kann. Es müsste folgende Elemente enthalten:

1. Ausbau von Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen
2. Beschäftigungsintensive (kommunale) Investitionen vorziehen
3. EU-weit koordinierte Investitionen in den Klimaschutz

## DAS SPÖ-PAKET ZUR STÄRKUNG VON WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG

Es muss oberste Priorität haben, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Menschen in diesem Land in Beschäftigung zu bringen. Deshalb muss die Bundesregierung ihre Untätigkeit beenden und noch bis Sommer ein Konjunkturpaket zu beschließen, um dem abflauenden Wirtschaftswachstum rechtzeitig entgegenzutreten. Das SPÖ-Paket zur Stärkung von Wirtschaft und Beschäftigung beinhaltet folgende Punkte.



## PAKET ZUR STÄRKUNG VON WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG. KONSUM STÄRKEN.

Eine Entlastung der Einkommen durch eine Lohnsteuerreform stärkt den Konsum: Der erste und beste Hebel, den die Bundesregierung nutzen müsste, um die Konjunktur in Schwung zu bringen, ist die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen.



### STEUERREFORM FÜR KLEINE UND MITTLERE EINKOMMEN VORZIEHEN!

Eine Steuerentlastung wirkt unmittelbar über die Erhöhung der Einkommen und führt damit zu einer Stärkung der Konsumnachfrage. Kleine und mittlere Einkommen müssen deshalb im Fokus stehen, weil diese auch die höchste Konsumneigung (das heißt sie geben den größten Teil des Einkommens für zusätzlichen Konsum aus statt zu sparen) haben und somit die Steuerentlastung für diese Gruppen über zusätzlichen Konsum sofort wieder in den Wirtschaftskreislauf fließt und die Konjunktur angekurbelt wird.

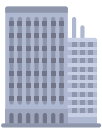
## PAKET ZUR STÄRKUNG VON WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG. INVESTITIONEN STÄRKEN.

Im Konjunkturabschwung halten sich Unternehmen mit Investitionen zurück. Dies führt zu einem (weiteren) Rückgang des Wirtschaftswachstums. Damit die Unternehmen wieder mehr investieren, müssen Anreize geschaffen werden. Wenn die Unternehmen steuerliche Anreize für Investitionen bekommen – wie eine vorzeitige Abschreibung – dann werden Investitionen vorgezogen. Dies führt zu mehr Beschäftigung und damit wieder zu mehr Wirtschaftswachstum.



### 3 JAHRE: VORZEITIGE ABSCHREIBUNG ALS INVESTITIONSANREIZ

Einführung einer zeitlich begrenzten vorzeitigen Abschreibung – also steuerliche Anreize für Investitionen für Unternehmen, sodass Investitionen vorgezogen werden. Das stärkt die Industrie und belastet das Budget mittelfristig zudem nicht.



### GEMEINNÜTZIGEN WOHNBAU VERSTÄRKEN

durch Zweckzuschüsse des Bundes für die Schaffung von leistbarem Wohnraum. Das schafft zusätzliche Arbeitsplätze.

## PAKET ZUR STÄRKUNG VON WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG. BESCHÄFTIGUNG STÄRKEN.

Das WIFO hat erst kürzlich festgestellt, dass uns bis 2030 rund 25.000 Pflegekräfte fehlen werden. Eine Investition in FacharbeiterInnenausbildung rentiert sich daher doppelt. Kurzfristig kommen Menschen in Schulungsmaßnahmen, mittel- bis langfristig mildern wir dadurch das Pflegeproblem. Die älteren Arbeitslosen sind derzeit die einzige Gruppe am Arbeitsmarkt, die nicht vom Wirtschaftsaufschwung profitieren kann. Hier musste Wien im vergangenen Jahr einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit verzeichnen.

Laut einer IFES-Studie waren die TeilnehmerInnen an der „Aktion 20.000“ im österreichweiten Durchschnitt 54,5 Jahre alt und vor der Teilnahme 2,9 Jahre arbeitslos. Viele waren also nicht nur ein Jahr, sondern deutlich länger ohne Job. Bei dieser Zielgruppe ist laut Studie davon auszugehen, dass nur 10 bis 15 Prozent die Chance haben, am „normalen“ Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Umgekehrt ausgedrückt: Für 85 bis 90 Prozent der älteren Langzeitarbeitslosen war die „Aktion 20.000“ die einzige Chance, wieder einer geregelten Beschäftigung nachzugehen. Der vorzeitige Stopp der „Aktion 20.000“ verhinderte, dass allein in Wien 6.906 Langzeitarbeitslose über 50 eine Beschäftigung bekommen. Allein die Fortführung der Aktion 20.000 hätte in Wien den Rückgang der Arbeitslosigkeit verdoppelt und die Langzeitarbeitslosigkeit um ein Drittel gesenkt.



### **AUSBAU DES FACHKRÄFTESTIPENDIUMS**

Die Fachkräftestipendien sollen wieder ausgebaut werden, insbesondere im Bereich Pflegeausbildung. Das sorgt auf der einen Seite für mehr qualifizierte Beschäftigung und könnte dem drohenden Pflegekräftemangel entgegenwirken. Die Kürzung über 50 Millionen Euro bei Fachkräftestipendium und FacharbeiterInnenintensivausbildung müssen wieder zurückgenommen werden.



### **AKTION 20.000 WIEDER EINFÜHREN**

Die Bundesregierung hat mit dem vorzeitigen Stopp der „Aktion 20.000“ tausenden älteren Arbeitslosen die Tür vor der Nase zugeknallt. Sie muss wieder eingeführt werden, denn gerade in diesem Segment steigt die Arbeitslosigkeit als erstes, wenn die Konjunktur wieder abflaut.

## **WOFÜR WILL SCHWARZ-BLAU DIE MEHREINNAHMEN STATTDESSEN VERWENDEN?**

Für 2019 prognostiziert das WIFO einen möglichen Budgetüberschuss von +0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, sollten die Konjunkturprognosen halten. Das würde einem Überschuss von knapp 1,6 Milliarden Euro entsprechen. Das ist Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die das ermöglicht haben. Dieses Geld muss wieder investiert werden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Anstatt alles zu unternehmen, um die Arbeitslosigkeit weiter zu senken, plant die Regierung, den prognostizierten Budgetüberschuss in einem Steuergeschenk an große Unternehmen verpuffen zu lassen – der Senkung der Körperschaftssteuer (KöSt).

Von diesem Geschenk an Unternehmen profitieren nur wenige große und ganz große Konzerne. Denn 80 Prozent der KöSt kommt von nur 5 Prozent der Unternehmen. Das eine Prozent der größten Unternehmen zahlt 60 Prozent der Körperschaftssteuern. Die 300 größten Unternehmen zahlen 44 Prozent der KöSt.

*„Die aktuellsten Prognosen zeigen, dass das Wirtschaftswachstum abflaut und der Rückgang der Arbeitslosigkeit ein Ende haben und die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau stagnieren könnte. Die zentrale Herausforderung bleibt der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Viele Expertinnen und Experten warnen davor, dass die Arbeitslosigkeit in den kritischen Bereichen wieder steigen könnte. Wir haben ein Paket für die Stärkung Wirtschaft und Beschäftigung zusammengestellt, das Investitionen erleichtern und Beschäftigung – insbesondere bei den älteren Arbeitslosen – fördern soll. Der prognostizierte Budgetüberschuss muss schleunigst in die Menschen investiert werden, da sonst die Arbeitslosigkeit wieder steigen könnte, die auf einem zu hohen Niveau ist.“ – Pamela Rendi-Wagner*